

5. Interpellation von Josef Gemperle, Marlise Bornhauser, Andreas Guhl, Toni Kappeler, Stefan Leuthold, Elisabeth Rickenbach, Nina Schläfli, Anders Stockholm und Stephan Tobler vom 16. August 2017 "Thurgauer Beitrag zur Energiestrategie 2050" (16/IN 17/132)

Beantwortung

Präsident: Die Antwort des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Die Interpellanten haben das Wort zu einer kurzen Erklärung, ob sie mit der Beantwortung zufrieden sind.

Gemperle, CVP/EVP: Namens der Interpellanten danke ich dem Regierungsrat für die Beantwortung. Wir **beantragen** Diskussion.

Abstimmung: Diskussion wird mit 69:39 Stimmen beschlossen.

Gemperle, CVP/EVP: Vor fast eineinhalb Jahren hat das Stimmvolk das revidierte eidgenössische Energiegesetz deutlich gutgeheissen. Dieses dient dazu, den fossilen Energieverbrauch zu senken, die Energieeffizienz zu erhöhen und die erneuerbaren Energien zu fördern. Der aktuelle Hitzesommer mit den rekordhohen Temperaturen und einer seit Jahrzehnten nicht mehr beobachteten umfassenden Trockenperiode hat uns aufgezeigt, dass insbesondere bei den Klimazielen Taten gefordert sind. Bevor ich zur Beantwortung des Regierungsrates Stellung nehme, möchte ich ein paar grundsätzliche Bemerkungen anbringen: Die klima- und ressourcenschonenden Techniken scheinen auf allen Ebenen vorhanden zu sein. Das Energiegesetz des Bundes (Energiestrategie) gibt uns die groben Ziele vor. Allerdings scheinen nicht alle Ziele realistisch zu sein. Es gibt aber auch Ziele, die man vor 2050 erreichen kann. Das von der Schweiz ratifizierte Klimaabkommen, das Übereinkommen von Paris, gibt ebenfalls festgelegte Vorgaben vor. Bei den so genannten Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen werden meist nur die kurzfristigen direkten Kosten berücksichtigt. Die Abschaffung der kostenorientierten Einspeisevergütung (KEV) auf Bundesebene führt nicht unerwartet zu einem Einbruch bei grösseren Energieprojekten. Eine Anschlusslösung auf Bundesebene ist nicht in Sicht. Wir wollen eine sichere und effiziente Energieversorgung, dies betont auch der Regierungsrat immer wieder, mit einem minimalen Ressourcenverbrauch, keine schädlichen Emissionen für Klima und Gesundheit sowie eine deutliche Steigerung der Autarkie. Dies schafft zusätzliche Arbeitsplätze und verringert unsere Abhängigkeit. Wie können wir dies erreichen? Eine erfolgreiche Energiepolitik setzt auf Diversifikation. Diese ist sehr wichtig. Sie muss alle Aspekte in allen wesentlichen Bereichen berücksichtigen: von der Erzeugung der Energie über die Speichermöglichkeiten bis zu deren Transport zum Verbraucher sowie die Effizienz und Nachhaltigkeit beim Einsatz. Eine erfolgreiche Energiepolitik zieht alle wichtigen Player, wie Eigenheimbesitzer und Mieter, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft, Kanton, Städte, Gemeinden und Energieversorger sowie ihre Werke, mit

ein. Viele Daten müssen ausgetauscht, ausgewertet und abgespeichert werden. Es braucht eine umfassende Vernetzung. Diese ist genauso wichtig wie die sichere Übertragung im Stromnetz, und ich betone, auch im Gasnetz. Zur Beantwortung des Regierungsrates auf unsere Frage 1: Unsere wichtigste Frage, ob zusätzliche Anstrengungen notwendig seien, wird leider nicht beantwortet. Gerne erwarte ich hier von unserem geschätzten Energiedirektor eine Stellungnahme. Natürlich teile ich die Aussage, dass Bund, Kanton, Gemeinden, Wirtschaft und Privatpersonen gemeinsam gefordert sind, um die Ziele der Energiestrategie zu erreichen. Aus meiner Sicht braucht es aber deutlich mehr Schub und ein zusätzliches Engagement aller Akteure, insbesondere des Kantons Thurgau. Diese Forderung wurde an einer letzten Sitzung von Vertretern der SVP-Fraktion vorgebracht, die heute nicht diskutieren wollten. Zu Frage 2: Offensichtlich teilt der Regierungsrat die Ansicht der Interpellanten nicht, dass kleine dezentrale Projekte den grössten Beitrag zu einer erfolgreichen Umsetzung leisten können. Der Regierungsrat schreibt, dass Investitionen im Kleinen und Grossen notwendig seien. Zudem erwähnt der Regierungsrat, dass Unternehmen und Hauseigentümer gleichermassen gefordert seien. Natürlich ist das richtig. Wenn man aber grössere Projekte durchsetzen will, braucht es ein grosses Engagement. Das wissen wir inzwischen. In diesem Zusammenhang muss das erfolgreiche "Förderprogramm Energie" des Kantons Thurgau erwähnt werden. Dieses Anreizprogramm hat, wie wir aus den Statistiken wissen, sehr positive Auswirkungen auf die Umsetzung von Projekten. Aber auch die Politik und die Verwaltung sind gefordert. Dies wird nicht erwähnt. Aus meinen eigenen Erfahrungen weiss ich, dass genau hier der Hebel noch angesetzt werden könnte. Denn mit einer konsequent kundenfreundlichen Begleitung seitens der involvierten Ämter könnten viele Projekte besser umgesetzt werden. Derzeit erlebe ich es eher so, dass die einen fördern, was sehr positiv ist, andere aber alles verkomplizieren. Zu Frage 7: Die Frage nach dem Potenzial wird nicht beantwortet. Stattdessen werden angestrebte Ziele aufgezählt. Allerdings wird darauf verwiesen, dass der Kanton Thurgau derzeit daran sei, energiepolitische Ziele und Massnahmen für die nächste Periode, nämlich 2018 bis 2030, zu definieren. Dabei orientiere man sich an den nationalen Zielen der Energie- und Klimapolitik. Das beruhigt mich. Ich bin der Meinung, dass der Grosse Rat dazu Stellung nehmen wird. In der Beantwortung zu Frage 7 wird zudem erwähnt, dass Öl- und Gasheizungen durch erneuerbare Energien zu ersetzen seien. Das ist sehr richtig. Allerdings muss ich aus dem Wortlaut der bisherigen Argumentation des Regierungsrates schliessen, dass dabei prioritär an einen Ersatz der Heizung durch Wärmepumpen, Holzheizungen und Fernwärmeanschlüsse gedacht wird. Auch dies ist richtig. Ich möchte dazu ergänzen, dass auch Gasheizungen mittels CO₂ neutralem Gas, beispielsweise aus Biogasanlagen oder mittelfristig aus Photovoltaik und Power-to-Gas, betrieben werden können. Man sollte dies ebenfalls beachten. Damit könnte zumindest vereinzelt sehr schnell auf CO₂ neutrale Energiequellen umgestellt werden. Zu Frage 9: Nebst dem Energieförderprogramm als wichtigstem Anreizinstrument, um die Erreichung der energiepolitischen Ziele

mit freiwilligen Massnahmen voranzutreiben, kommen gemäss dem Regierungsrat ab 2020 die Steuerabzüge für Abbruchkosten bei Ersatzbauten sowie die Möglichkeit, Sanierungsmassnahmen am Gebäude über maximal drei Steuerperioden geltend zu machen. Im Gebäudebereich ist dies ein sehr wichtiges Instrument. Man erwähnt auch die MuKE 2014, die Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich. Hier erwarte ich seitens des Regierungsrates Ausführungen über den geplanten Fahrplan und die Strategie. Einzelne Kantone sind hier bereits am Ziel, andere haben eine Bruchlandung mit verlorener Volksabstimmung und damit einen Scherbenhaufen produziert. Zudem möchte der Kanton mit der Erarbeitung und Umsetzung der Elektromobilitätsstrategie die Elektrifizierung des Individualverkehrs vorantreiben. Der Regierungsrat schreibt, dass dies ein Bereich mit sehr hohem CO₂-Reduktionspotenzial sei. Diese Meinung teile ich völlig. Ich möchte der Kommissionsarbeit, welche ich angeregt habe, nicht vorgreifen. Aus aktuellem Anlass noch Folgendes: Die Landwirtschaft wird beim Abstimmungskampf um die Agrar-Initiativen extrem angeschossen. Sie unternehme zu wenig, um den CO₂ Ausstoss zu senken. Ich erlebe in der Tat, dass sich die Hersteller von Traktoren nicht ausserordentlich engagieren. Ich mache hier eine Anregung: Wenn schon in Tänikon eine Zusammenarbeit im Rahmen der Swiss Future Farm besteht, dort ist der grösste Traktorhersteller mit an Bord, wäre es die einmalige Gelegenheit, um bei diesen Themen auch für die Thurgauer Landwirtschaft eine Vorreiterrolle zu erreichen. Ich weise darauf hin, dass man den Strassenverkehr mit den Lastwagen und nicht nur die Personenwagen mit einbeziehen sollte. Ich danke dem Regierungsrat für die ausführliche Beantwortung. Meines Erachtens ist das gegenseitige Vertrauen durch die teilweise kontrovers geführten Debatten deutlich gestiegen, auch wenn nicht alle Fragen vollständig beantwortet wurden. Weder die Energie- noch die Klimaziele sind jedoch nicht ohne den grossen Einsatz aller Beteiligten zu erreichen. Es bereitet mir grosse Sorgen, dass auf Bundesebene noch keine Anschlusslösung für die beerdigte KEV gefunden wurde. Die KEV hat für das Erreichen der Ziele eine grosse Bedeutung. Ich hoffe sehr, dass wir uns dafür einsetzen, damit hier eine Anschlusslösung gefunden wird. Nur mit mehr Schub können wir die Ziele der Energiestrategie erreichen. Das muss hier klar und deutlich gesagt werden.

Kappeler, GP: In der "Thurgauer Zeitung" vom 20. August kommt der SRF-Wirtschaftsjournalist Reto Lipp zu Wort. Er berichtet über die Ergebnisse einer bekannten Beratungsfirma zur Untersuchung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Länder. Was bringen Wohlstand, Erfolg und gesundes Wachstum? Die Studie beschreibt fünf Faktoren. Gemäss Reto Lipp sollten sich Politiker und Politikerinnen diese genau ansehen, weil sie über die Zukunft unserer Kinder bestimmen. An erste Stelle steht die Digitalisierung und Vernetzung. Damit macht sich eine Volkswirtschaft wettbewerbsfähig. Dies ist aber heute nicht unser Thema. An zweiter Stelle folgen Forschung, Innovation und nachhaltige Energieversorgung. Damit sind wir bei der zu behandelnden Interpellation. Zu diesem

Faktor gehört, wie Reto Lipp sagt, eine umweltschonende Energieversorgung. Diese werde sich als Wettbewerbsvorteil erweisen, was von vielen Politikern noch gar nicht realisiert werde. Die weiteren Faktoren sind eine gut unterhaltene Infrastruktur, die Bildung und das Gesundheitswesen. (Reto Lipp findet es übrigens interessant, dass tiefe Steuern in diesen Erfolgsfaktoren nicht vorkommen.) Namens der Grünen Fraktion danke ich dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Sie zeigt, dass unser Regierungsrat zum Förderprogramm steht und unsere Regierungsräte nicht zu jenen von Reto Lipp erwähnten Politikern zählen, die den Wettbewerbsvorteil einer nachhaltigen Energieversorgung noch nicht realisiert haben. Überdies erfährt man interessante Fakten, wie beispielsweise, dass das Förderprogramm in den letzten zehn Jahren Investitionen von rund 750 Millionen Franken ausgelöst habe, dass über die Lebensdauer der Massnahmen unglaubliche 1'100 Millionen Liter Erdöl eingespart werden und damit entsprechend weniger Geld in die erdölexportierenden Staaten abflüsse oder dass der Bereich erneuerbare Energien im Thurgau gemäss einer Studie des Bundes heute mehr als 1'000 Vollzeitstellen anbiete. Interessant sind auch die Ausführungen zur Beteiligung des Bundes. Neu trägt der Bund zu jedem Franken des Kantons zwei Franken bei. Der volkswirtschaftliche Nutzen unserer Energiepolitik sowie der Nutzen für Klima und Umwelt sind unbestritten. Wir sollten also die Förderung der Energieeffizienz und erneuerbarer Energie aus- und nicht abbauen. Kein Bauer bringt seine beste Kuh zum Metzger.

Daniel Eugster, FDP: Ich spreche für die FDP-Fraktion. Die Beantwortung der Fragen zur Energiestrategie zeigt uns einmal mehr auf, wie breit und komplex die Thematik ist. Ich nehme nicht zu allen zehn Fragen Stellung, sondern beziehe mich inhaltlich auf das Thema der Förderung und Produktion. Das Förderprogramm ist flexibel, kontrolliert und befristet. Mit dem langjährigen, massvollen und vor allem flexiblen Förderprogramm erreicht der Thurgau im nationalen Vergleich immer noch einen Effizienzspitzenplatz. Ich bin davon überzeugt, dass Anreizsysteme für den Umstieg und die Beschleunigung wichtig sind. Meines Erachtens sind diese Systeme ausnahmslos zu befristen. Eine stetige Verlängerung eines Anreizsystems verschleiert nämlich allenfalls ungenügende Wirkung. Die zunehmende Bürokratisierung der Energieförderprogramme ist, trotz der Förderung meines Berufsstandes in der Gebäudetechnik, einzudämmen. Mit den staatlichen Geldern sind nicht Beraterstäbe, sondern die energetischen Massnahmen mit zu finanzieren. Speziell in diesem Bereich erlebe ich den Thurgau schlank und gegenüber dem Bund aktiv, wachsam und vernünftig. So macht es beispielsweise keinen Sinn, wenn für Heizungssanierungen nur noch standardisierte Wärmepumpenmodule gefördert werden. Der höhere Unterstützungsbeitrag deckt dann jeweils knapp die Mehrarbeit. Solche Situationen geht der Kanton Thurgau rasch an und korrigiert. Zum Verein KEEST, dem Kompetenz-Zentrum Erneuerbare Energie-Systeme Thurgau: Die positive Wirkung des Unterstützungs- und Beratungsangebots des KEEST wurde mir von zahlreichen Unternehmern bestätigt. Effizienz und damit auch Energieeffizienz bleibt in der Wirtschaft ein

Kernthema. Umsetzung Energiestrategie: Eine erfolgreiche Umsetzung der Energiestrategie erfordert nicht nur zusätzliche Anstrengungen von Bund und Kanton, sondern auch von der Wirtschaft und den Privatpersonen. Natürlich teile ich die diesbezügliche Beantwortung des Regierungsrates. Wir können Verantwortung nicht nur an den Staat delegieren. Eigenverantwortung ist gefragt, und zwar im Kleinen, aber auch im Grossen. Dies gilt auch für Investitionen in die Energieproduktion. Wenn wir die Eigenproduktion wirklich erhöhen wollen, braucht es klare, politische und gesellschaftlich gefestigte Ziele. Es muss klar sein, wie viel Eigenproduktion der Thurgau wie, wo und bis wann realisiert. Es braucht ein klares Produktionsziel mit einem Umsetzungsplan. Mit Zaudern, Hadern und auf Zeit spielen, produzieren wir keine Kilowattstunden, sei es mit Wind-, Wasser- und Sonnenkraft oder Geothermie. Für wirtschaftliche Produktionsanlagen braucht es einen starken politischen Umsetzungswillen, auch bei uns im Grossen Rat.

Schläfli, SP: Wir bedanken uns beim Regierungsrat für die ausführliche Beantwortung der sehr umfangreichen Interpellation. Die SP-Fraktion ist damit einigermassen einverstanden. Die meisten Fragen haben sich bereits während und nach der Diskussion um die Abbauvorlage "Haushaltsgleichgewicht (HG2020)" geklärt. Das Förderprogramm Energie bleibt dem Kanton Thurgau erhalten. Das ist gut so. Das Programm hat sich in Kombination mit den weiteren kantonalen Massnahmen bewährt. Es soll weitergeführt werden, auch wenn die Äufnung des Fonds zukünftig etwas anders geregelt sein wird. Im Gegensatz zu einigen meiner Mitinterpellantinnen und Mitinterpellanten halten wir die Fördermassnahmen in Kombination mit den weiteren staatlichen Angeboten, wie Beratung und Information sowie den erlassenen Vorschriften zur Erreichung der Klima- und Energieziele noch nicht als ausreichend. Wir fordern den Regierungsrat deshalb dazu auf, Lenkungsabgaben zu prüfen beziehungsweise sich beim Bund für solche einzusetzen. Weiter fordern wir den Regierungsrat und indirekt uns alle dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass neue Projekte mutiger und schneller angegangen werden. Grosses Potenzial liegt weiterhin in der Nutzung von Sonnenkraft, Windkraft und Biomasse sowie in der allgemeinen Reduktion des Energieverbrauchs. Schliesslich fordern wir den Regierungsrat dazu auf, in energiepolitischen und nachhaltigen Fragen seine Zurückhaltung abzulegen. Gelegenheit dazu hat er in den kommenden Monaten gleich zweimal: im Gesetzesentwurf zur kantonalen Umsetzung der Energiestrategie 2050 und in den bereits angekündigten energiepolitischen Zielen und Massnahmen für die Periode 2018 bis 2030. Beide Papiere werden mit Spannung erwartet. Beides sind zwar erste Schritte, aber viele weitere müssen folgen, und zwar zügig. Dass dringender Handlungsbedarf besteht, sollte uns allen spätestens nach diesem Hitzesommer eingeleuchtet haben.

Leuthold, GLP/BDP: Ich spreche für die GLP/BDP-Fraktion. Der Regierungsrat präsentiert in seiner Beantwortung eine eindrückliche Auslegeordnung des dank der Förderung bisher Erreichten und eines ermutigenden Ausblicks in die Zukunft. Ein besonders schö-

nes Bild ist der Eisenbahnzug mit 18'000 Kesselwagen à 60'000 Liter Erdöl, welche in den zehn Jahren zwischen 2007 und 2016 dank des kantonalen Förderprogramms ersetzt oder eingespart werden konnten oder die rund 1'000 Arbeitsplätze, welche in der Branche der erneuerbaren Energien im Thurgau dadurch entstanden sind. Die Beantwortung des Regierungsrates macht Mut. Sie ist eine klare Absichtserklärung, die Erfolgsgeschichte des kantonalen Förderprogramms in die Zukunft festzuschreiben. Gerne nehmen wir den Regierungsrat beim Wort. Für eine nachhaltige enkeltaugliche Energieversorgung müssen wir alles daran setzen, den eingeschlagenen Weg konsequent weiterzugehen. Ein Blick über den Grenzzaun zeigt uns auf, dass noch viel mehr möglich und nötig wäre. Gemäss Ranking der Schweizerischen Energiestiftung liegt die Schweiz bezüglich erneuerbarer Stromproduktion aus Sonnen- und Windkraft im europäischen Vergleich auf dem fünftletzten Platz. Nach uns folgen noch Lettland, die Slowakei, Slowenien und Ungarn. Dänemark produziert beispielsweise zwölf Mal mehr Strom aus Sonnen- und Windkraft als die Schweiz. Bezüglich Energiewende sind wir also weit von der europäischen Spitze entfernt. Wir dürfen also noch einen oder zwei Zacken zulegen. Unsere Kinder und Enkelkinder werden es uns danken.

Bornhauser, EDU: Ein derart wichtiges Thema, wie unsere zukünftige Energiestrategie im Kanton Thurgau aussieht, benötigt zur Klärung viele Fragen. Unseres Erachtens wurden die Fragen in einer umfassenden erklärenden Form beantwortet. Der Regierungsrat steht weiterhin zu einer fortschrittlichen effizienten Energiepolitik. Die Beantwortung des Regierungsrates zeigt ein aktuelles Bild auf, wo wir uns im Thurgau befinden. Die Übersicht ist interessant und aufschlussreich. Wir sind auf Kurs. Für die eine Seite sind wir zu schnell, für die andere Seite zu langsam. Es ist wichtig, dass sich jede einzelne Person bewusst ist, dass wir mit einem umweltfreundlichen Lebensstil bereits im Kleinen etwas verändern können. Dabei dürfen wir grosse Projekte nicht verhindern.

Rickenbach, CVP/EVP: Mit der Annahme der Energiestrategie 2050 handelt es sich nicht um einen zum Jahresbeginn vorgenommenen Vorsatz, sondern um verbindliche Vorgaben, zu welchen eine grosse Mehrheit der Bevölkerung Ja gesagt hat. Gemessen an den Zielen und Massnahmen bilden die erneuerbaren Energien ein zentrales Element der Energiestrategie 2050. Ihr Rückhalt ist bei den politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern hoch. Die wegfallende Kernenergie bedingt einen substanziellen Ausbau der Stromproduktion durch erneuerbare Energie, und sie ist nötig. Je stärker sich dieser dann in Projekten konkretisiert, desto intensiver stellt sich jedoch die Frage der Akzeptanz auf kantonaler und lokaler Ebene. Hier sind deshalb frühzeitige transparente Information und Einbindung der verschiedenen lokalen Player sehr wichtig. Umfragen zeigen, dass Solarenergie, Grosswasserkraftwerke, Windenergie wie auch Biomasse die grösste Akzeptanz in der Bevölkerung erhalten. Im Thurgau sind es vor allem Solarenergie und Biomasse. Mit der Annahme der Energiestrategie 2050 wurde die KEV

auf das Jahr 2022 befristet. Ab diesem Zeitpunkt können auf nationaler Ebene keine Förderbeiträge mehr für neue Anlagen beantragt werden. Es ist zu wünschen, dass der Bund die Folgen des Ausstiegs aus der KEV genau analysiert und entsprechend reagiert. Mit dem Wegfall des Instruments wird es nebst dem Bund vermehrt auch an den Kantonen sein, den Ausbau der Erneuerbaren zu unterstützen. Deshalb werden die Kantone sinnvolle Instrumente implementieren müssen, die auf der einen Seite möglichst effektiv sind, ohne auf der anderen Seite zu grosse Kosten zu verursachen. Im Thurgau wäre beispielsweise die Wiederaufnahme von Investitionshilfen, wie für Photovoltaikanlagen, ein Weg. Die Vergangenheit zeigt, dass sich das Thurgauer Förderprogramm respektive deren Massnahmen bezahlt machen. Dies ist nur möglich, weil der Regierungsrat sich bereits früh und konstruktiv für erneuerbare Energiepolitik einsetzte und auf viele Vorstösse in Sachen erneuerbare Energie einging oder eingehen musste. Umso mehr erstaunt die eher nüchterne Beantwortung der Interpellation. Wo bleibt der Spirit der letzten Jahre? Für uns gilt es, den Weg in diese Richtung konsequent weiterzugehen und wo möglich einen Ausbau der Massnahmen vorzunehmen. Dies hat den Nebeneffekt, dass entsprechend auch mehr Bundesgelder fliessen. Bis jetzt durfte der Kanton Thurgau als Vorbild brillieren. Dies soll so bleiben. Wir sind der Meinung, dass Erfahrungen, ob positiv oder negativ, vermehrt zwischen den Kantonen ausgetauscht werden sollten. Damit könnten die Kantone voneinander lernen und erfolgreiche Instrumente übernehmen. Der Zeithorizont bis zum Jahr 2050 mag lange sein. Wie wir aber wissen, mahlen die politischen Mühlen langsam. Diese Zeit muss für konstruktive Entscheide und gute Informationen gut genutzt werden. Hier sind alle gefragt. Es ist also für uns und unsere Volkswirtschaft absolut zentral, dass wir die Weichen richtig stellen. Alles andere führt nicht nur zu Umweltschäden, sondern auch zu riesigen Fehlinvestitionen. Es braucht die Offenheit, neue Technologien zu nutzen, nebst Solarkraft und Biomasse auch die Windkraft und Geothermie. Es sollte nicht grundsätzlich alles abgelehnt werden, was neu ist. Die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kanton hat sich durch die Energiestrategie 2050 nicht geändert. Der Kanton ist primär für den Gebäudebereich und den Bereich der Mobilität und Anlagen zuständig. Wie wir wissen, entfällt ein Drittel des Energieverbrauchs in der Schweiz auf den Gebäudepark, ein weiterer Drittel auf den Energieverbrauch für die Mobilität. Hier basiert beides auf fossilen Energieträgern. Die Folgerung daraus: Gebäude und Mobilität stellen in Bezug auf die Energieeffizienz und die Reduktion der CO₂ Emissionen die wichtigsten Handlungsfelder dar. Der Grundlagenbericht "Chancen der Elektromobilität für den Kanton Thurgau" erwähnt, dass genau hier die Nachfrage mit erhöhter Anschubfinanzierung verbessert werden könne. Im Gebäudebereich sollte es dasselbe sein. Der Thurgau hat bereits Vieles angestossen und angepackt. Die Aufgaben sind aber nicht abgeschlossen. Sie beginnen erst so richtig. Dies wurde in der Beantwortung des Regierungsrates festgehalten. Die CVP/EVP-Fraktion ist bestrebt, beherzt voranzugehen.

Zimmermann, SVP: Die Interpellanten, unter der Federführung des Erstunterzeichners, stellen zehn oder eigentlich zwölf Fragen zu einem Thurgauer Beitrag an die Energiestrategie 2050. Die Fragestellung zielt daraufhin, sicherzustellen, ob die kantonalen Förderbeiträge für die privat erstellten Energieerzeugungsanlagen auch zukünftig gesichert sind und gesichert werden. Im Namen der SVP-Fraktion bedanke ich mich beim Regierungsrat für die nüchterne, sachliche und gute Beantwortung der gestellten Fragen. Der Regierungsrat zeigt auf, wie viel der Kanton Thurgau für die Energiestrategie 2050 leistet, geleistet hat und auch in Zukunft leisten möchte. Für die SVP-Fraktion ist es aber wichtig, nicht über das Ziel hinaus zu schießen. Ich bin froh, dass wir hier nicht alleine stehen. Denn Kantonsrat Daniel Eugster hat in seinem Votum auf dasselbe hingewiesen. Ein Beispiel dazu: Ich hatte ein Gespräch mit einer Firma, welche sich bei der Gemeinde gemeldet hat. Die Firma bietet Beratung für die Energiestrategie in den Gemeinden und Beleuchtungskonzepte, also ein Vollserviceprodukt, an. Nach intensiven Diskussionen habe ich dem Vertreter gesagt, dass die Vorlage hochkant gescheitert wäre, wenn die Bevölkerung gewusst hätte, was die Energiestrategie 2050 bringt und was sie kostet. Der Mann antwortete mir, dass ich zwar recht habe, die Firma aber ihr Geld damit verdiene. Ich möchte damit aufzeigen, dass es eine falsche Entwicklung ist, wenn Anlagen nur aufgrund des Profits errichtet und zudem staatlich unterstützt werden.

Regierungsrat **Schönholzer:** Vielen Dank für die ausserordentlich vielen guten, interessanten und wichtigen Fragen, welche im Rahmen der Interpellation gestellt wurden. Sie geben dem Regierungsrat die Möglichkeit, aufzuzeigen, was wir bereits tun und was wir tun wollen, ganz nach dem Motto: "Tue Gutes und sprich davon." Ich danke zudem für das Lob. Es ist Lob und Verpflichtung gleichzeitig. Ich nehme diese Herausforderung sehr gerne an. Bei der Energiestrategie 2050 geht es nicht nur um Strom und Stromerzeugung, sondern auch um die Pfeiler der Reduktion der CO₂ Emission sowie um die Erhöhung der Energieeffizienz. Es ist mir wichtig, dies zu erwähnen. Wie wichtig das Thema ist, damit wir eine sichere, nachhaltige und dauerhafte Energieversorgung auch für unsere Volkswirtschaft haben, liegt meines Erachtens auf der Hand. Der heisse Sommer wurde bereits angesprochen. Dass die Klimaveränderung stattfindet, ist eine Tatsache. Es ist nicht fünf vor zwölf, sondern eine Minute vor zwölf. Deshalb sind nicht nur die Energiestrategie, welche wir anzupacken haben, nötig, sondern vor allem die Massnahmen. Sie sind nötiger denn je. Die Akzeptanz der Energieprojekte wurde angesprochen. Dies ist wirklich eine sehr grosse Herausforderung. Wie sollen wir die Geothermie vorwärtsbringen, wenn weder die Technologie ausgereift, das Wissen über den Untergrund vorhanden noch die Rentabilität der Investitionen gegeben ist und zu allem anderen auch noch die diffusen Ängste der Bevölkerung vor Erdbeben bestehen? Sollen keine kleinen Projekte erfolgen, weil wir keine grossen machen können? Der Regierungsrat möchte kleine und grosse Projekte realisieren. Die Beispiele sind in der Beantwortung der Frage 2 aufgeführt. Wasser- und Flusskraftwerke sind toll. Investoren erhal-

ten ihre Investitionen aufgrund der tiefen Energiepreise derzeit aber schlicht und einfach gar nicht mehr zurück. Es gibt keine Rentabilität. Auf der anderen Seite stehen die Interessen der Naturschutzverbände. Holzkraftwerke sind eine gute Sache. Das Holz wächst hier. Wenn es aber um die Transporte für grosse Mengen aus den Wäldern oder allenfalls aus dem Ausland geht, gibt es grosse Diskussionen. Über Windenergieanlagen werden wir noch ein paarmal sprechen. Dasselbe gilt für Biogasanlagen. Es braucht einen grossen Mix über alle diese Themen. Man muss sich bewusst sein, dass 370 Megawattstunden Energie wegfallen, wenn das Kernkraftwerk Mühleberg abgeschaltet wird, und dies wird schon bald der Fall sein. Mit einem einzigen grossen Windrad erhält man 1,5 Megawattstunden. Wenn ein grosses Geothermieprojekt realisiert werden könnte, sprechen wir von fünf Megawattstunden. Wir sind extrem gefordert, hier vorwärts zu machen. Viele glauben, auch auf nationaler Ebene, dass es kein Problem und genügend Strom vorhanden sei. Wir könnten den Strom aus dem Ausland importieren. Dies ist aber ein Trugschluss. Wir haben nicht einmal ein Abkommen mit der Europäischen Union. Ob wir überhaupt je ein solches abschliessen, steht in den Sternen. Was es bedeutet, wenn die Sicherheit nicht gegeben ist, haben wir diesen Sommer gesehen, als plötzlich die Uhren vorgegangen sind, nur weil es in Bosnien irgendwelche Streitereien zwischen den serbischen, albanischen und bosnischen Energieerzeugern gab. Zum Energiefonds: Wir haben einen hervorragenden Energiefonds, auf den wir stolz sind. Ich möchte es nach der Debatte um das "Haushaltsgleichgewicht 2020" noch einmal erwähnen: In diesem Fonds liegen nicht nur kantonale, sondern auch Bundesgelder. Wir sind gefordert, den technologischen Fortschritt nachzuzeichnen und Fördergelder nur dort auszurichten, wo es um Anschubfinanzierung geht. Es sollen Anreizsysteme geschaffen werden, damit neue Technologien den Durchbruch erreichen können. Wir müssen aufpassen, dass die administrativen Aufwendungen im Zusammenhang mit Fördergesuchen nicht plötzlich höher liegen, sodass die Unternehmer solche Gesuche gar nicht mehr einreichen, weil das Verfahren zu kompliziert ist. Dies wurde bereits erwähnt. Enger Kontakt ist wichtig. Wir haben das Programm bereits angepasst. Dass es dem Regierungsrat mit dem Energiefonds weiterhin ernst ist, haben wir damit gezeigt, indem aus dem Ergebnis 2017 eine Sondereinlage von zwei Millionen Franken getätigt wurde. Wir wollen dafür sorgen, dass jährlich mindestens durchschnittlich acht Millionen Franken aus den kantonalen Fördermitteln fliessen können. Dazu kommen die Bundesgelder. Von Abbau kann keine Rede sein. Der Regierungsrat wird die Energiepolitik sehr ernst nehmen. Darauf kann sich der Grosse Rat verlassen, und er wird in Kürze genügend Gelegenheiten erhalten, auch da politische Weichen stellen zu können. Wir werden dran bleiben. Das Anschlusskonzept der Energiemassnahmen 2018 bis 2030 ist praktisch fertig erstellt. Wir werden es demnächst in den Regierungsrat bringen. Dort geht es um erneuerbare Energie und Energieeffizienz. Das wichtigste Projekt wird vermutlich die MuKE 2014 sein, eine grosse Herausforderung. Der Fahrplan liegt vor, Branchen und Verbände wurden bereits vorgängig informiert. Wir haben gesehen, dass sehr viel geschrieben und abgeschrieben

wird, das einfach nicht stimmt. Deshalb wird das Projekt vor allem bezüglich Kommunikation extrem wichtig sein. Die Vorlage, in welcher die Strategie zu sehen ist, wird diesen Herbst in die öffentliche Vernehmlassung gehen. Kantonsrätin Nina Schläfli hat recht. Wenn es nicht gelingt, die MuKE 2014 in allen Kantonen umzusetzen, droht seitens des Bundes eine Lenkungsabgabe. Wir sind hier nämlich nicht frei. Die Kantone haben eine grosse Verantwortung, dieses Element umzusetzen. Wenn dies nicht gelingt, wird der Bund selbst bestimmen, wie es läuft. Das möchte ich nicht. Auch die Energiepreise sind ein wichtiges Element. Sie sind einfach zu tief. Da brauchen wir aber keine Lenkungsabgaben, sonst verändern wir die wirtschaftliche Prosperität der Schweiz. Dies wollen wir nicht. Die Energiepreise müssten endlich weltweit steigen, weil sie knapp und endlich sind. Dann würde auch die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft nicht torpediert. Investitionen und Innovationen würden sich lohnen. Der Bericht der E-Mobilität kommt in die Kommission. Auch dazu wird sich der Grosse Rat demnächst äussern können. Die Arbeit geht uns nicht aus. Dem Regierungsrat ist es ernst. Wir wollen in dieser Sache etwas bewegen und nicht abwarten, bis alle Gletscher weggeschmolzen sind. Ich danke für die Unterstützung und die wertvolle Diskussion.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Präsident: Das Geschäft ist erledigt.